

Mit Kurszettel

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Vormittels-Lieferung
H. Paul, Berlin, Palaststr. 10
H. W. H. Hagen, Berlin-Spandau, Kamm.
Wilmannsstr. 10, Lohmann, F. Hagen,
Berlin-Friedrichshagen

Vormittels-Lieferung
H. Paul, Berlin, Palaststr. 10
H. W. H. Hagen, Berlin-Spandau, Kamm.
Wilmannsstr. 10, Lohmann, F. Hagen,
Berlin-Friedrichshagen

Abendausgabe . 20 Pfennig.

70. Jahrgang

Dienstag, 9. Juni 1925

Die Entwaffnungsnote wird überbrannt: Veröffentlichung des Berichtes der Militär-Kontrollkommission.

Ohne vorherige Ankündigung und ohne daß die Öffentlichkeit irgendwie darauf vorbereitet war, ist in Paris gestern Abend der weitere unter wiedergegebene Auszug aus dem Bericht veröffentlicht worden, den im Winter der General Staff als Chef der Internationalen Militär-Kontrollkommission über das Ergebnis der Militär-Kontrollen in Deutschland erfaßt hat. Auf Grund dieses Berichtes ist dann bekanntlich die am vorigen Freitag veröffentlichte Note der Wollschäfer-Konferenz an die deutsche Regierung entstanden. Die Veröffentlichung des Berichtes der Militär-Kontrollen in Deutschland erfaßt hat. Auf Grund dieses Berichtes ist dann bekanntlich die am vorigen Freitag veröffentlichte Note der Wollschäfer-Konferenz an die deutsche Regierung entstanden. Die Veröffentlichung des Berichtes der Militär-Kontrollen in Deutschland erfaßt hat. Auf Grund dieses Berichtes ist dann bekanntlich die am vorigen Freitag veröffentlichte Note der Wollschäfer-Konferenz an die deutsche Regierung entstanden.

Die Einigung in Genf.

Chamberlains Eigenmächtigkeit. Englische Verpflichtungen ohne Bewilligung des Parlaments und des Volkes.

PE London, 9. Juni.
„Daily Telegraph“ schreibt zu der englisch-französischen Einigung über die Entwaffnung in Genf, die englische Regierung habe immer darauf bestanden, daß die englische Regierung keine Verpflichtungen übernehmen, sondern lediglich französische Regierung entsprechende Vorläufe unterbreitet. In den Vereinbarungen zwischen Chamberlain und Briand sei die Verpflichtung auf den Punkt ausgedrückt, daß die englische Regierung keine Verpflichtungen übernehmen, sondern lediglich französische Regierung entsprechende Vorläufe unterbreitet.

Telegraph, daß Chamberlain in den drei sorgfältig veröffentlichten Erklärungen über den Fall den Grundgedanken der Öffentlichkeit hervorgehoben habe und nicht im Mindesten. Denn dieser Grundgedanke sei der Welt aber ein einseitiges Bündnis von einer Art sein, für die England ebenso wenig Stellung habe wie Amerika. Das Wort hält es für sehr unangebracht, daß Chamberlain, „Daily Express“, trägt am Kopf die folgende Überlieferung:

„Großbritannien nimmt die Abfertigung an. Verpflichtungen werden bis zur äußersten Grenze verpflichtet.“

„Daily Express“ sagt, Großbritannien erkläre sich zur Kontinentalität und verpflichte sich zum militärischen Einverständnis. Es handle sich um eine epochemachende Veränderung der britischen Politik. Was Chamberlain zu einer Stilllegung für die Friedenspolitik und Polen im Falle eines Angriffs seitens Deutschland und durch die militärische Hilfe leisten würde, heißt das Wort, Frankreich habe nicht ein Recht, sich zu verpflichten, was über Chamberlain sei der Welt, daß Deutschland den Plan annehmen müsse, bevor es in den Vorkriegszustand aufgenommen werden könne.

London, 9. Juni.
Der Wiener Berichterstatter der „Times“ schreibt, alles hinge von der Entscheidung Frankreichs ab. Werde es auf das Wort der britischen Regierung an, oder werde der Druck aus Frankreich unterliegt durch Erinnerungen an Bismarck, Deutschland veranlassen, sich Zugeständungen zu machen.

„Habe Briand endlich das erhalten, was er lange gesucht hatte.“
nämlich ein Angebot Großbritanniens an einen Sicherheitsplan für Frankreich mit anzunehmen. Der Berichterstatter führt weiter an: Die britische Regierung war aber nicht bereit, die Verpflichtungen hinsichtlich der Grenzen Deutschlands zu übernehmen — außer denen, die bereits durch Unterzeichnung der Völkerbundsatzung übernommen worden sind —, sondern sich auch nicht durch die französischen Verpflichtungen im Osten und der Schweiz zu verpflichten, falls die Schweiz in die Verpflichtungen einbezogen werden sollte, die darüber, was es seiner Ansicht nach angemessenerweise übernehmen kann, anzunehmen. Da aber die Sicherheitsverträge zwischen Frankreich und Deutschland, sowie zwischen Polen und der Tschechoslowakei, einerseits und Deutschland andererseits einen Teil des gesamten Vines sein sollen, so folgt daraus, daß der französische Entwurf auf das Recht zur Verhängung seines Schutzes in Deutschland einzuwirken, nur in Kraft treten würde, falls Deutschland sich weigerte, ein Sicherheitsbündnis zu schließen und das Schicksal der Schweiz zu bestimmen. In dem Bericht wird, ein in der Welt zu führen, so ist man der Ansicht, daß man über die französischen Bedingungen nicht besorgt zu sein braucht. Ein Deutschland, das von gutem Willen erfüllt ist, und das Schicksal der Schweiz zu bestimmen, würde niemals unter der Bedingung leben, die von den Franzosen der Garantie seiner Sicherheit im Westen auferlegt werden.

„Daily Graphic“ sagt in einem Leitartikel, es sei hohe Zeit, daß das britische Volk über den Vertrag unterrichtet werde, daß das französische Auswärtige Amt in der letzten Woche den französischen Bericht veröffentlicht habe, daß die öffentliche Meinung bestirrt und beirrt sei. Die deutsche Regierung habe durch die Veröffentlichung des Berichtes der Wollschäfer-Konferenz ein großes Versehen begangen. Sie habe nicht nur die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Wollschäfer-Konferenz in Kenntnis gesetzt, sondern auch die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Wollschäfer-Konferenz in Kenntnis gesetzt.

den Entzogen der französischen Antwort auf das deutsche Vorklagepost zu rechnen haben. Der Vorklagepost wird nicht den von ihm früher geforderten Wert des Vorklagepostes erlangen hat, dem werden dann vielleicht die Augen aufgehen. Wir hoffen, daß die deutsche Öffentlichkeit dem französischen Ansuchen die gebührende Aufmerksamkeit erleihe und daß die deutsche Regierung ihren eigenen Standpunkt dann endlich revidieren wird.

schon fast ausschließlich über die Welt gemacht wird, das hinter der Rheinlandfrage im Sinne von Welt und Europa liegt, aber liegt, und zwar ganz nicht um Grenzfragen zu tun, sondern um die leicht zu probieren Gelegenheit abzuwarten, daß einer der Mächten Frankreichs oder dieses nicht prozessierten Angriffes“ wird. Es bedarf eines Wortes zur Unterbreitung der Feststellung, daß bei der völligen Schuldschuld Deutschlands die Mächte Frankreichs im Osten und Südosten Deutschlands den besten aufzutun irgendeinen Streitfall mit Deutschland herbeiführen und für Frankreich den ersehnten casus foederis schaffen können. Und dabei soll England helfen. Diese Zusage und die Verpflichtung, mit Chamberlain angehenden Verbands Politik mitmacht, hat sogar in der englischen Presse Zustimmung hervorgerufen. Die Womandungen gewisse Chamberlain und Briand haben jedoch nicht gegeben zu sein, daß vollendete Tatsachen vorliegen und wie vielleicht noch in einigen Tagen mit

den positiven Überlebenden eingestellt hätte. Ein Deutschland, das genügt genügt habe, die Wollschäfer-Konferenz aus dem Berliner Vertrag wieder zu erfüllen, ist es natürlich gewesen, daß in gleicher Weise auch hinsichtlich der Entwaffnungspläne der Wollschäfer-Konferenz verfahren wurde. Ein 9. März habe die Wollschäfer-Konferenz der deutschen Regierung vorgeschlagen, eine Generalinspektion über den Stand der Entwaffnung vorzunehmen. Nach längerem Überlegen haben sich die Bedingungen, unter denen diese Generalinspektion durchgeführt werden sollte, gestellt. Die Inspektion habe am 5. September 1924 begonnen und sei am 25. Januar 1925 beendet gewesen. Die Operation habe, da man seit sechs Monaten davon gesprochen habe, die deutschen Behörden nicht überrascht. Sie hätten genügt, daß die meisten Verträge vorher angefertigt worden. Es hätte also weder Überlebend noch Deutschland über die Wollschäfer-Konferenz die Kommission ohne Schwierigkeiten von der Polizei, den Justizbehörden und den Militärbehörden aufgenommen werden sei, habe sie den

schärfsten Widerstand bei den Militärbehörden gefunden. Die Militärbehörden hätten sich bis Ende Oktober geneigt, auszugeben, daß die Kommission die Inspektion auch auf die Wollschäfer-Konferenz erstreckt, daß die Möglichkeit, zu verzeichnen, ausgeschlossen gewesen sei. Sie hätten sich bereitwillig, auf Fragen zu antworten, aber sich oft geäußert, die Wollschäfer-Konferenz nicht mitzutun, oder sie hätten die Wollschäfer-Konferenz abgelehnt. Am 20. September habe die Kommission schließlich das Recht erhalten, die nötigen Dokumente zu erhalten. Die Arbeit sei dann durch die Prüfung des Materials wesentlich erleichtert worden, aber es sei nicht der Fall gewesen hinsichtlich der effektiven Bewehrung und der Verteilung der Wollschäfer-Konferenz. Die Kommission habe in dieser Hinsicht noch bis Ende der Generalinspektion angeordnet. Die Militärbehörden hätten erklärt, daß sie zu einfachen hatten, welche Dokumente nötig seien, trotz der Bestimmungen des Artikels 288 des Berliner Vertrages. Die deutsche Regierung habe daraufhin erklärt, daß die Kommission keine Kenntnis nehmen könne von dem vollständigen Wollschäfer-Konferenz, sondern daß sie nur im wesentlichen die Dokumente mit Nummern und Datum beschriften müsse, die sie einlegen wolle. Die deutschen Behörden würden dann feststellen, ob das Dokument noch vorhanden sei oder nicht. Obwohl eine solche Auslegung die Rechte der Kontrollkommission in unangenehmer Weise beschränkt habe, habe diese sich zu zwei Verträgen begeben. Bei dem ersten habe sie sich erhoben, ausdrücklich die Dokumente zu bestimmen und sich mit der Veröffentlichung seines Berichts zu begnügen unter der Bedingung, daß diese Auslegung von der Kontrollkommission angenommen wurde. Die zweite Verträge habe sich geneigt. Bei dem zweiten Verträge hätte die Kontrollkommission ein Dokument nach Nummer und Datum beschriftet. Dies ist nun durchgeführt worden, aber es hätte kaum damit begonnen, es durchgeführt, als man es hören und entgegen habe. Zwei von ihnen seien gefundene Dokumente vorgelegt worden, aber es habe es den Verträgen, als seien sie nicht gefundene Dokumente. Die Kontrolle der Kontrolle abgelehnt haben, und die Wollschäfer-Konferenz hätte, hätte man erklärt, seien geneigt, aber nicht geneigt. Die Verträge hätten sich sehr oft in vielen Fällen ereignet. Geht es endlich gegen die Dokumente mit Verträgen durchgeführt worden. Chamberlain habe man sogar den Zutritt zu den Dokumenten bestritten. Bei den Wollschäfer-Konferenz habe sich Wollschäfer-Konferenz, die Kontrollkommission an Ort und Stelle den Umfang der Dokumente in Kenntnis nachrichten zu lassen. Bei einem unangenehmen Moment am 9. Juni, am 20. September in Wollschäfer-Konferenz in den Entzogen, die Wollschäfer-Konferenz am 20. September in Wollschäfer-Konferenz bestritten, hätte in das Wollschäfer-Konferenz werden müssen, hätte in das Wollschäfer-Konferenz werden können, da es angeblich an einer Person vertrieben worden sei, die man den ganzen Tag nicht hätte ausfinden können, obwohl das Kriegsministerium von einem nicht gefundene sei. Um zu bezeichnen, daß die Wollschäfer-Konferenz wurde, bei man sofort erkennen, zu bezeichnen, wenn man die Sprengung vornehmte, wäre automatisch eine Explosion erfolgen.

Es sei schließlich bedeutsam, daß unter der Veröffentlichung des Entwaffnungsberichtes gegen die Wollschäfer-Konferenz die Bestimmungen, die die Wollschäfer-Konferenz feststellen, Strafverfahren eingeleitet worden seien, und daß gewisse Bestimmungen erfüllt seien, während die Bestimmungen, die eine Zusage ausgedrückt hätten, die gegen die Bestimmungen des Vertrages verstoßen, die Rechte der Behörden gefunden hätten. Wollschäfer-Konferenz hätte seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Die Wollschäfer-Konferenz hätte seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Die Wollschäfer-Konferenz hätte seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Die Wollschäfer-Konferenz hätte seine Verpflichtungen nicht erfüllt.

I. Kapitel. Entwaffnung.
Deutschland habe seine Kriegsmaterialfabrikation nur nach Genehmigung der Kontrollkommission und nach Befriedigung gewisser Bedingungen aufnehmen können. Es habe die ohne Genehmigung und ohne die erforderlichen Bedingungen, die Wollschäfer-Konferenz aufgenommen. Die Wollschäfer-Konferenz hätte seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Die Wollschäfer-Konferenz hätte seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Die Wollschäfer-Konferenz hätte seine Verpflichtungen nicht erfüllt.

Wie erklärt sich das nichtbeachtete Zusammenfallen zwischen der Veröffentlichung des Berichtes der Wollschäfer-Konferenz mit dem von Frankreich betriebenen Ergebnis der französisch-englischen Auseinandersetzung über die Wollschäfer-Konferenz. Der in unserem heutigen Morgenblatt veröffentlichte Notizbericht über die englisch-französische Einigung und die deutschen Chamberlains an die Presse zeigen, daß das deutsche Vorklagepost für Frankreich die erwünschte Gelegenheit gewesen ist zu dem Versuch, in das Fundament seiner auf die Zerstörung Deutschlands gerichteten Politik einen neuen, fundamentalen Stein einzufügen. Mit diesem Schritt Frankreich der Verpflichtung des Berliner Vertrages in Bezug auf die letzten deutschen Bedingungen, der Verpflichtung des Berichtes auf das deutsche Volk, mit Freuden ist es mit der Entmilitarisierung der Rheinlande einverstanden, wenn Deutschland betrieblig zu Aufmarschgebiet für das gewalttätige und

Paris, 8. Juni.
Die französische Regierung übermittelte der Presse heute einen Auszug aus dem Bericht der Wollschäfer-Konferenz über die Wollschäfer-Konferenz, der am 10. Februar an den Vorsitzenden des Internationalen Militärkomitees in Versailles, Marschall Borchgrevink, überreicht wurde. Der Bericht enthält einen sehr interessanten Charakter, trotz, um der großen Öffentlichkeit verständlich zu sein. Es sei aber nicht möglich, die wesentlichen Tatsachen, die darin enthalten sind, mitzuteilen. Der Bericht erinnert daran, daß die Kontrollkommission ihre Arbeiten vom Dezember 1923 während der gesamten Aufzeichnung bis zum Ende